78. Jahrgang. Nr. 549 — Montag, 23. November 1931

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei Abholung zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 Mk. (einschließlich 30 Pfg. Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Verlag. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 300 Pfg., außerhalb 350 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Druck u. Verlag: Metzsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Winternot und Winterhilfe

Ein Rundfunkappell des Reichskanzlers

Berlin, 22. Nov. Am Sonntagabend sprach Reichskanzler Dr. Brüning im Rundfunk über die Winternot und -hilfe. Er führte unter anderem aus, daß die schwere Not des Winters die Mitarbeit aller Volksgenossen erfordere. Es wäre leichtfertig, sich über den Ernst der Zeit hinwegzutäuschen. Nicht weniger falsch wäre es aber auch, wenn nicht der Mut gezeigt würde, den Bann zu brechen, den diese dunkle Gegenwartszeit auf uns gelegt habe. Die Lebenskräfte des deutschen Volkes seien nicht gebrochen, sie seien spürbar auf allen Gebieten des Volkslebens. Am vergangenen Sonntag habe die „Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege" von dem bisher erzielten Ergebnis der umfangreichen Hilfsarbeiten berichtet.

Nach den hocherfreulichen Anfängen dürfe man hoffen, daß dem Liebeswerk des deutschen Volkes auch weiterhin der Erfolg nicht versagt bleibe.

Die Reichsregierung habe ihrerseits alles getan, um der elementaren Not zu steuern. Sie betrachte diese Aufgabe auch weiterhin als eine der dringendsten Erfordernisse. Länder und Gemeinden hätten ihre Reserven im Kampf gegen das Elend eingesetzt. Die Reichsregierung sei sich aber auch der Tatsache wohl bewußt, daß ihre Maßnahmen nur die unterste Grenze der Fürsorge darstellen könnte. Sie schütze den einzelnen vor dem Allerschlimmsten, den vielen aber auf dem Wege staatlicher Maßnahmen weitere Hilfe zu bringen, stehe die unerbittliche Tatsache gegenüber, daß staatliche Mehraufwendungen infolge der schwierigen Lage der Landesfinanzen nicht möglich seien. Schon aus diesem Grunde, so fuhr der Reichskanzler fort, war es ein Gebot der Stunde, die freie Wohlfahrtspflege, soweit es nur irgend ging, zur Mithilfe an der Bekämpfung der großen Not heranzuziehen.

Jeder kann helfen! Vielgestaltig sind die Möglichkeiten der Mitarbeit. Der eine gibt aus den Erträgnissen seiner Arbeit; der andere teilt aus seinem Vorrat mit dem, der wenig oder nichts besitzt.

Ein jeder, der sich noch nicht selbst in Not befindet, hat gerade in den nächsten Wochen und Monaten die Pflicht, über das Sorgen für sich selbst und die Seinen hinaus den Notleidenden zu helfen, die ohne eigenes Verschulden aus dem Schaffenskreis, aus Arbeit und Verdienst ausgeschaltet wurden.

Insbesondere aber wollen wir in dieser Stunde jener Volksgenossen gedenken, die ihre Heimstätte in den deutschen Elendsgebieten haben, in jenen Bezirken im Reich, in denen ganze Städte und Dörfer ohne Erwerb sind, wo die Ungunst des Bodens auch den Bewohnern des Landes ein Auskommen nicht mehr gestattet. An diesen besonders gefährdeten Stellen helfend einzuspringen, hat sich die „Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege" als eine der vordringlichen Aufgaben gestellt. Es muß die Pflicht der Allgemeinheit sein, diesen Bestrebungen ein besonderes Interesse zuzuwenden,

damit es gelingt, den in ihrer Not isolierten Bevölkerungskreisen tatkräftig zu helfen und in ihnen nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, als ob sie etwa außerhalb der Gemeinschaft des Volkes ständen.

So soll denn das große Hilfswerk dieses Winters getragen werden von dem Geiste der gegenseitigen Verantwortung, von dem Geiste des Zueinanderstehens des Helfensollens. In ihm muß sich das unwandelbare Gesetz der Schicksalsverbundenheit erfüllen. Die Schicksalsverbundenheit wird da, wo ein Volk sich nicht zum gemeinsamen Tragen und Helfen und Schaffen zusammenfindet, zum Fluch. Sie kann aber auch, wenn die Gesinnung der Verantwortlichkeit und der Hilfsbereitschaft Gemeingut aller wird, zum Segen werden für Volk und Vaterland. Die Erfüllung des Wunsches, mit dem die Reichsregierung den Aufruf der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege begleitet hat, soll unser Ziel sein:

„Die Hilfe soll neues menschliches Vertrauen schaffen unter den deutschen Volksgenossen selbst und für das deutsche Volk in der Welt."

Darum richte ich im Namen der Reichsregierung an das deutsche Volk die Bitte, im gemeinsamen Wollen und im gemeinsamen Streben nicht müde zu werden. Dann wird auch le Zeit des Leides und der Not überwunden werden.

General von Mudra †

Berlin, 22. Nov. Am Sonnabendmittag starb in Schwerin-Zippendorf der Armeeführer im Weltkriege, General der Infanterie v. Mudra, im 81. Lebensjahre.

Bruno v. Mudra, der am 1. April d. J. sein 80. Lebensjahr vollendete, ist ein gebürtiger Schlesier. Im Jahre 1872 trat er als Leutnant in das Garde-Pionier-Bataillon ein, mit dem er bereits den Krieg 1870/71 mitgemacht hat. Seine ganze weitere Laufbahn bis zum Generalleutnant verlief im Pionierkorps. Als Generalleutnant wurde er 1909 Kommandeur der 30. Division in Kolmar im Elsaß. Im März 1911 erhielt er das Kommando über das 16. Armeekorps in Metz. Im Weltkrieg war er mit seinem Korps zunächst an der Westfront, wo er vor allem bei den Schlachten in den Argonnen und um Verdun verdienstvoll hervortrat. Im Februar 1917 übernahm er den Oberbefehl über die Armeeabteilung vor Verdun.

Seit Kriegsende lebte General v. Mudra in äußerster Zurückgezogenheit in Wiesbaden, wo er dennoch während des Ruhrkampfes wiederholt von den Franzosen verhaftet wurde. Später verlegte General von Mudra seinen Wohnsitz nach Schwerin in Mecklenburg.

Exzellenz von Loebell †

Berlin, 22. Nov. Nach langer schwerer Krankheit verstarb am Sonnabend nachmittag in Brandenburg an der Havel der frühere preußische Innenminister Friedrich Wilhelm v. Loebell.

v. Loebell wurde 1855 in Kloster Lehnin geboren. Nach dem Besuch der Ritterakademie in Brandenburg studierte er in Straßburg und Leipzig, wurde 1883 Regierungsassessor und 1889 zum Landrat des Kreises Westhavelland ernannt. 1888 trat er als Mitglied der konservativen Fraktion in den Reichstag ein, aus dem er aber 1900 wieder ausschied, als er nach dem Abschied aus dem Staatsdienst die Generaldirektion der Feuersozietät der Provinz Brandenburg übernahm. 1901 zog er als Mitglied der Konservativen Partei in das preußische Abgeordnetenhaus ein; 1904 legte er sein Mandat nieder, nachdem er zum Vortragenden Rat in der Reichskanzlei ernannt worden war. Bis zum Rücktritt des Fürsten Bülow stand er, seit 1907 als Unterstaatssekretär, an der Spitze der Reichskanzlei. Während dieser Zeit wurde sein Name des öfteren in Gerichtsverhandlungen genannt, in denen der Abgeordnete Erzberger als Zeuge gegen ihn auftrat.

Als Bülow 1909 aus seinem Amte schied, zog auch Loebell aus der Reichskanzlei aus. Den ihm nunmehr übertragenen Posten des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg trat er nicht an, sondern lebte von da an bis zu seiner Berufung zum preußischen Innenminister (April 1914) zurückgezogen auf seinem Gut Benken. 1917 trat er von dem Amt zurück und erhielt nunmehr die Berufung zum Oberpräsidenten von Brandenburg. Nach seinem Abschied im Mai 1919 wurde Loebell zum Präsidenten des Reichsbürgerrates ernannt und trat noch einmal 1925 durch die Gründung des „Reichsblocks", der sich die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten zum Ziel gesetzt hatte, in Erscheinung.

Die Trauerfeier findet am kommenden Mittwoch, 2 Uhr, in Dom-Brandenburg a. d. Havel, in der Aula der Ritterakademie statt. Die Beisetzung wird in engstem Familienkreis erfolgen.

Am 7. Dezember Tributausschuß in Basel

Dr. Karl Melchior deutsches Mitglied

Berlin, 22. Nov. Wie die Schweizerische Depeschenagentur erfährt, wird der Beratende Sonderausschuß der BIZ., dessen Einberufung von der deutschen Regierung am 19. November beantragt wurde, am 7. Dezember in Basel am Sitz der Bank zusammentreten.

Der Reichsbankpräsident hat gemäß Ziffer 128 und 129 des Youngplanes Dr. Carl Melchior, Hamburg, zum Mitglied des Beratenden Sonderausschusses ernannt.

Bankspionage im Dienste der Pariser Tributpolitik

Amsterdam, 22. Nov. Wie in wohlinformierten Finanzkreisen verlautet, wird in verschiedenen internationalen Finanzzentren, wie beispielsweise Amsterdam und in der Schweiz, französischerseits versucht, den Umfang der hier befindlichen deutschen Guthaben in Erfahrung zu bringen. Man habe hier einen umfangreichen französischen Spitzelapparat festgestellt, dem die Verschaffung entsprechender Aufschlüsse übertragen worden sei. Die französische Regierung beabsichtige, die ihr auf diesem Wege zuteil werdenden Informationen bei den Reparationsverhandlungen zu verwenden. Die Anregung für die Organisation der Finanzspionage sei von dem Beherrscher der Banque de Paris et des Pays-Bas, Finaly, ausgegangen.

Englands Zollmauer wird noch höher!

London, 22. Nov. Der in der Nacht zum Sonnabend veröffentlichten Liste von Waren, die auf Grund des Dumpingabwehrgesetzes mit einem Zoll von 50 Prozent belegt werden, wird, wie der „Evening Standard" mit großer Bestimmtheit meldet, am Montag eine zweite Liste folgen. Die zuständigen Abteilungen im Handelsministerium haben die Anweisung erhalten, diese Liste über das Wochenende fertigzustellen. Der Handelsminister Runciman wird im Laufe der kommenden Woche im Unterhause auf Grund von Anfragen weitere Einzelheiten über die Einnahmen bekanntgeben, die die neuen Zölle dem Staate bringen sollen.

Die Zollbehörden im Londoner Hafen erhielten am Sonnabend zahlreiche Anfragen wegen der neuen Zölle. Sie lassen verlauten, daß die neuen 50prozentigen Wertzölle auf Grund der Rechnungen cif London erhoben werden. Waren, die für die Wiederausfuhr in Warenhäusern eingelagert werden, dürfen zwar umgepackt werden; es ist jedoch nicht statthaft, an ihnen irgendeine fabrikationsmäßige Aenderung vorzunehmen. Die englischen Zollbehörden stehen durch das Ausmaß der neuen Maßnahmen vor großen technischen Schwierigkeiten, da sie in keiner Weise auf eine derartige Ausdehnung ihrer Tätigkeit vorbereitet sind. Zahlreiche Beamte werden im Laufe der nächsten Zeit neu eingestellt werden.

Amerikas Antwort

Sofortige Ausgleichszölle auf britische Waren

Neuyork, 22. Nov. Associated Preß meldet aus Washington: Die Regierung wird die sofortige Erhebung von Ausgleichszöllen auf britische Waren entsprechend den Zöllen, die England auf amerikanische Erzeugnisse erhebt, anordnen.

Gegenwärtig sind Beamte des amerikanischen Schatzamtes und des Handelsamtes damit beschäftigt, eine Liste englischer Einfuhrwaren aufzustellen, auf die, angesichts des neuen englischen Zollgesetzes, amerikanische Ausgleichszölle erhoben werden sollen. Derartige Ausgleichszölle sind im Hawley-Smooth-Zolltarifgesetz vorgesehen.

Wirtschaftspartei sicht die Hessenwahlen an

Frankfurt a. M., 22. Nov. Der Landesverband Hessen der Wirtschaftspartei hat in seiner Wahlkreiskonferenz in Frankfurt a. M. vom 22. November einstimmig beschlossen, die hessischen Wahlen vom 15. November anzufechten. Der Beschluß gründet sich auf die Nichtzulassung der Wirtschaftspartei bei den hessischen Wahlen, was gegen die Verfassung verstoße. Bei der Anfechtungsklage handele es sich darum, dieses Unrecht klarzustellen.

Geheimnisvoller Mord

Buggow (Kreis Greifswald), 22. November. Am Vorabend des Totensonntags ist die Ehefrau Thekla des Rittergutsbesitzers Hasso v. Henning auf recht eigenartige Weise ums Leben gekommen. Beim Ueberschreiten eines Waldweges zur Abstattung eines Besuchs in der Familiengruft ertönte plötzlich aus dem Walde ein Schuß, durch den die Frau im Rücken getroffen zu Boden sank. Die kriminalpolizeiliche Untersuchung ergab, daß der Schuß aus einem umgearbeiteten Karabiner Modell 98 stammte, der kunstgerecht zwischen drei zusammenstehenden Baumstämmen angebracht war und dessen Mechanismus durch Zerreißen eines über den Weg gespannten Zwirnsfadens ausgelöst wurde.

42 Tote des Grubenunglücks in England

London, 22. November. Die Zahl der Todesopfer beim Grubenunglück in Bentley hat sich nunmehr auf 57 erhöht. Fünf Mann werden noch immer vermißt, und es besteht keine Hoffnung, sie noch am Leben zu finden. Fünf der Überlebenden Schwerverletzten werden wahrscheinlich erblinden.